

# Perspektiven der sozialen Demokratie in Ungarn nach den Wahlen?

Arbeitspapier  
Juni 2010

Autor:

György Földes, Leiter des Instituts für politische Geschichte Budapest

---

Auf die in der Überschrift gestellte Frage versucht die vorliegende Arbeit nicht mit einer Analyse der Wahlen zu antworten. Vielmehr soll auf historische und gesellschaftliche Zusammenhänge, die den Werdegang Ungarns und der Linken beeinflussen, sowie auf Handlungsrichtungen, die für Veränderungen nötig sind, aufmerksam gemacht werden. Für die Probleme der ungarischen Gesellschaft muss die Linke neue Lösungen anbieten, will sie nicht Gefangener der verlorenen Zeit bleiben.

## 1. Idee, Politik, Gesellschaft

Man muss sich vor Augen halten, dass *das Scheitern der sozialistisch-liberalen Regierung nach 2006 nicht aufgrund der Politik als solcher verstanden werden kann*. Die Tatsache, dass tatsächliches, effizientes Regieren durch aktive Medienpräsenz ersetzt wurde, man die Reformen nicht vorbereitete und es nicht gelang, der finanziell erfolgreichen Krisenbewältigung eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik an die Seite zu stellen, war auf das Fehlen eines Hintergrundes – bestehend aus geistiger Infrastruktur und Innovation in der Bewegung – zurückzuführen. (...)

2010 ist mehr geschehen, als dass nur die Wahlen von der Linken verloren und der Rechten gewonnen wurden. Zur heutigen ungarischen Politik gibt es keine Beschreibung oder Analyse, in der nicht festgestellt wird, dass der Bodengewinn der Rechtsextremen das öffentliche Leben verändert hat. Nicht weniger bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Liberalen und die Nationalkonservativen nicht mehr im Parlament vertreten sind, eine parteiartige Grünenbewegung hingegen hineingewählt wurde. Zweifellos sind das immense Veränderungen im politischen Leben.

Noch wichtiger ist allerdings, was diese Wahlen über Prozesse und den Wandel in der ungarischen Gesellschaft aussagen. Es scheint, *dass heute die Realität des neuen Systems nicht mehr auf die des vorherigen oder das Bild, das in der gesellschaftlichen Erinnerung von ihm bewahrt wird, prallt. Die Mehrheit steckt in der schwer erträglichen Gegenwart fest, eingeklemmt zwischen nicht fortsetzbarer Vergangenheit und nichts Gutes verheißender Zukunft. Heute wird nicht mehr darüber diskutiert, welches System besser ist, sondern ob es für das heutige System eine bessere Variante gibt. Und die Wahlen haben diejenigen gewonnen, die behaupteten: es muss sie geben. Verlierer sind die, die keinen Grund zur Veränderung gesehen haben, die für die Beibehaltung des Status quo eingetreten sind. Und das waren allein die Sozialisten.* (...)

## 2. Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik im System

Nach 1990 entwickelte sich das neue System auf der Basis liberaler Grundsätze und Szenarien, alle Hindernisse für die Errichtung der Marktwirtschaft und den Einzug von Privateigentum und internationalem Kapital wurden beseitigt. Auch heute kann nicht behauptet werden, dass es bei der damaligen Weltlage, stöhnend unter der Last der riesigen Auslandsverschuldung und noch dazu im Wettbewerb um externe Ressourcen infolge der völligen Transformation in der Region eine Alternative zu diesem Weg gegeben hätte. Überdies war jenes Jahrzehnt die siegreiche Zeit des Neoliberalismus in der Welt.

Trotzdem wurde nach diesen ersten zehn Jahren die Spaltung der ungarischen Wirtschaft in einen Sektor mit integrierten Großunternehmen, die sich hauptsächlich an externen Märkten orientieren, und einen Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen, die in erster Linie vom Binnenmarkt abhängen, offensichtlich. Letzterer, die sog. „Halbtopf“-Nationalwirtschaft, besitzt nur mäßige Erweiterungs- und Entwicklungsmöglichkeiten und hängt von den Großunternehmen sowie zentralen Regierungs- und Kommunenaufträgen ab. Es gibt viele „Zwangsunternehmen“, und die Grauwirtschaft nimmt in ihrem Umfang nicht ab. Steuerumgehung und illegale Beschäftigung spielen im Leben Hunderttausender eine wesentliche Rolle.

In der Gesellschaft haben sich natürlich ähnliche Teilungs- und Neustrukturierungsprozesse vollzogen. Es wurde deutlich, dass die politische Wende einerseits Ungarn in das einheitliche System der Weltwirtschaft und die Europäische Union integrierte sowie den Bewegungsraum der Mittel- und Oberschichten mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten erweiterte (die gerade deshalb den Wandel wollten oder akzeptierten), andererseits aber einen beträchtlichen Teil der Probleme in der ungarischen Wirtschaft und Gesellschaft nicht löste, ja selbst schwerwiegende Probleme hervorbrachte, die eine Lösung erforderten.

Die liberale Strömung sah Möglichkeiten für ein Vorankommen und Fortschritte darin, die Defizitpolitik des Staates zu beenden und den Staatshaushalt zu reformieren. Mangels etwas Besserem und getrieben vom Zwang der Bündnisbildung akzeptierte die Linke im Wesentlichen diese Strategie, der zufolge der Zustrom ausländischen Betriebskapitals auch weiterhin die Basis für die Zukunft der ungarischen Wirtschaft sein sollte. Später mussten dann jedoch die Sozialisten einen hohen Preis dafür zahlen, dass sie keine eigene Wirtschaftsstrategie ausgearbeitet hatten. Mit der Schaffung einer neuen, starken nationalen Mittelschicht wollte die konservative Rechte einen Ausgleich und eine Verbesserung zugunsten der von ihr vertretenen Wählergruppen erreichen. Zur Umsetzung dieser Politik erhielt sie 1998 das Regierungsmandat. Die so entstandene Ungleichheit und erneute Disproportionalität zwischen den Mittelschichten spielten eine Rolle, als das siegreiche sozialistisch-liberale Bündnis 2002 die Regierungsgeschäfte mit einer ebenfalls auf das eigene Gesellschaftsbild gestützten Korrektur begann. Im Zeichen eines Systemwandels hin zum Wohlstand nahm die neue Regierung zugunsten von Angestellten- und Intellektuellengruppen Änderungen an den Einkommens- und Verdienstverhältnissen vor, ohne von den Versprechen der Konservativen abzurücken. All das hatte schwerwiegende Konsequenzen, der Staat verschuldete sich aufs Neue, und neben ihm auch die Unternehmen und Bürger. (...)

### 3. Gescheiterte Reformversuche und Spießbrutenlauf

Die Wahlen 2006 gewannen die Sozialisten, wenn auch nur mit kleinem Vorsprung, und so blieb die sozialistisch-liberale Koalition an der Macht. Zum ersten Mal seit der politischen Wende erhielt ein politisches Bündnis mehr Zeit, um seine Vorstellungen umzusetzen, um Republik und Rechtsstaat zu stärken. Das war ein großer Erfolg – ein so großer, dass ein hoher Preis für ihn bezahlt werden musste. Von einem Augenblick zum anderen musste man Farbe bekennen und die Richtung wechseln. Die Regierung kam in Zugzwang und unter Zeitdruck, durfte sich keine Verzögerung leisten, denn schon im Spätsommer sollte sie in Brüssel darlegen, wie sie das Haushaltsdefizit auf ein akzeptables Niveau zu senken gedenkt.

Deshalb brauchte es die Rede von Ószöd, und deshalb verkündete der Regierungschef schon im Sommer die Reformen. Mit diesem Schritt sollten die internationalen Finanzkreise und bestimmenden Faktoren in der Union beruhigt sowie die Aufmerksamkeit der enttäuschten Öffentlichkeit in Ungarn abgelenkt werden. Nur waren die Reformen nicht nur politisch, sondern auch fachlich nicht vorbereitet. Jedoch ließ der Gegner keine Schonzeit zu, wollte zurückschlagen, und so wurde die Veröffentlichung der Gyurcsány-Rede auch zu einer Gelegenheit für einen Gegenangriff. Den Spielraum der Sozialisten und ihr soziales Beziehungsgefüge hatte die Niederlage bei den Kommunalwahlen stark eingeengt, und dem konnten sie auch mit den Mitteln einer politischen Bewegung nicht entgegenwirken. Durch den großen Sieg im Herbst 2006 und die dabei errungenen kommunalen Positionen bekamen die Konservativen ein Instrument in die Hand, dank dem für sie keine Eile mehr geboten war. Neben der örtlichen Verwaltung stand das bis dahin aufgebaute Medienimperium ebenfalls zur Verfügung, um die Flamme der sozialen Unzufriedenheit am Brennen zu halten. Sie waren stark genug, um die Gesundheitsreform zu vereiteln und so der sozialistisch-liberalen Regierung die Möglichkeit eines Erfolgs zu nehmen.

Zur Wahrheit gehört allerdings Folgendes: Vieles lässt sich zu diesem Verhalten sagen, nur nicht, dass es den so oft zitierten nationalen Interessen gedient hätte. Sowohl während der Reformen als auch während der Krisenbewältigung verfolgte die konservative Opposition eine streng an Parteiinteressen orientierte Politik und zog Nutzen daraus. Es entstand eine klassische politische Situation: Keine der Seiten war fähig, ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Die eine Seite hatte keine Kraft mehr dazu, und die Kraft der anderen reichte noch nicht aus. Die eine Seite hindert die andere an der Machtausübung, und die andere ließ den Gegner nicht an die Macht. Dafür war die weitere Verschlechterung der allgemeinen Stimmung der Preis, und die Sozialisten verloren weiter an Glaubwürdigkeit.

Danach kam die weltweite Finanzkrise, die Ungarn und die Regierung unvorbereitet traf. Gerade als sich die MSZP daranmachte, einen Erfolgsparteitag ganz im Zeichen des erhofften Segens des einsetzenden Wirtschaftswachstums abzuhalten, geriet auch das ungarische Bankensystem in Gefahr. Durch diese gravierende Wende wurde man sich bewusst, wie folgenreich die internationale Wirtschaftskrise war. Die Regierung behauptete sich zwar in dieser Notsituation und organisierte schnell Hilfe, doch angesichts der bevorstehenden Wahlen und ihrer sowieso schon niedrigen Popularität bemühte sie sich um Aufschub der radikalen Haushaltsrestriktionen. Das wurde dann dem Reformbündnis bzw. der Bajnai-Regierung überlassen, die unter wirren Umständen ihr Amt antrat. Unter dem Druck der internationalen Finanzwelt hatte man nicht die Zeit und keine Möglichkeit, die ansonsten als erfolgreich einzuschätzende Krisenbewältigung nicht nur mit liberal-monetarischen Mitteln, sondern auch mit einer aktiven Wirtschaftspolitik und im Geiste der sozialen Solidarität fortzusetzen. (...)

#### 4. Notwendigkeit und Dilemma einer Systemkorrektur

Die Konservativen können sich in ihrem Sieg bestätigt fühlen. Sie irren allerdings sehr, wenn sie glauben, dass sie dort weitermachen können, wo sie 2002 aufgehört haben. Für Ungarn ist es gut, wenn sich die FIDESZ-Führung darüber im Klaren ist, dass sich das äußere Umfeld Ungarns nicht positiv verändert hat, und der Einfluss der externen Welt auf das Land nicht gesunken, sondern gestiegen ist. Die ungarische Wirtschaft ist nicht wettbewerbsfähiger geworden, die Verschuldung hat sich jedoch erhöht. Der vielleicht einzige Vorteil ist der, dass die Konservativen mit einer größeren Legitimation als je zuvor regieren können und damit die Chance besitzen, das System an ihren eigenen Werten, Vorstellungen und Interessen auszurichten. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als sich der heutigen Realität zu stellen und zu versuchen, die Probleme in der ungarischen Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu lösen.

*Die Konservativen treten ein schwierigeres Erbe an als 1998*

Unter den Fragen, die in den letzten zehn Jahren unbeantwortet gelassen wurden, sollen drei unbedingt hervorgehoben werden:

a) Die *erste* bezieht sich auf *nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung*. Was den prinzipiellen und theoretischen Inhalt der liberalen Reformpolitik anbelangt, lag das Problem nicht darin, dass die Staatsverwaltung rationalisiert, modernisiert und die Kosten dafür gesenkt werden sollten. Daneben ist auch verständlich, wenn diejenigen, die auf die ständig verbesserten – und deshalb teureren – Leistungen des Staates angewiesen sind, auch in die Beibehaltung der Sozial- und Gesundheitsleistungen einbezogen werden sollen. Falsch daran waren die Fetischisierung des Marktes und Außerachtlassung mehrerer Wirtschaftswachstumsfaktoren sowie die Annahme in der liberalen Theorie, nach der eine Steigerung der Wirtschaftsleistung fast ausschließlich vom Zustrom ausländischen Betriebskapitals erwartet wird. Auf dieser Basis gestaltete sich die Haushalts-, Steuer- und Währungspolitik. Was die Sozialisten dem hinzugaben, war der Schutz der Wohlfahrtsausgaben, so lang es möglich war. Heute zeigt sich jedoch deutlich, dass weder die internationale Finanzwelt noch die internationalen Organisationen gewillt sind, eine Politik zu finanzieren, bei der mehr ausgegeben als eingenommen wird. Angesichts der Bilanz des letzten Jahrzehnts, (...) der andauernden weltweiten Krise, der nur langsamen Konjunktur und der allgegenwärtigen Suche nach Auswegen wird deutlich, *dass die Zukunft der ungarischen Wirtschaft nicht ausschließlich von einem Faktor abhängig gemacht werden darf – vom Zustrom an Auslandskapital und der damit ins Land kommenden Produktionskultur. (...)*

Bei der Modernisierung der Wirtschaft hatte die MSZP Erfolge, so unter anderem, als sie 1995-1996 unter ihren Wählern die Akzeptanz der Privatisierung und Krisenpolitik erreichte. Gleichzeitig aber konnte sie keine Ergebnisse auf den zuvor genannten Gebieten erzielen – und wollte es leider auf einigen auch nicht. Nun steht die Linke vor einem Dilemma. *Was soll sie von der konservativen Regierung einfordern – die Einlösung ihrer oppositionellen, populistischen Versprechungen der letzten Jahre, oder die Lösung obiger Probleme, eine für die Modernisierung unerlässliche Wirtschaftspolitik?*

Es wäre ein Fehler, wenn sie bei den populistischen Versprechungen hängen bliebe und nicht die Lösung der tatsächlichen Sorgen forderte. Daraus folgt allerdings, dass die Wirtschaftspolitik der sozialistisch-liberalen Regierungen die Grundlage für eine Beurteilung bilden müsste. Unkritisch die gesamte Wirtschaftspolitik der letzten zehn Jahre in Schutz zu nehmen, wäre ein Irrtum, und zu leugnen, dass eine radikale, neokeynesianische Wende angesichts der damaligen und heutigen Finanzlage und realwirtschaftlichen Verhältnisse des Landes nicht

möglich war und ist, wäre ebenfalls ein Fehler. Stattdessen *würde die Linke richtig handeln, wenn sie sich für ein Denkmodell einsetzt, bei dem weiterhin die Forderung nach Ausgewogenheit, die (auch) aktive Rolle des Staates als Entwickler und die Strukturpolitik im Vordergrund stehen.*

*Es gibt keine gültige linke Politik ohne eigene Wirtschaftspolitik, bei der der Markt nicht gelehnet, sondern benutzt wird, und die EU-Normen nicht ausgespielt, sondern ausgenutzt werden.*

*b) Das andere gesellschaftliche Problem von nicht geringerem Gewicht, das auf eine Lösung wartet, ist die Armut, eng verbunden mit Ausschluss und Isolierung. Dieses Thema lässt sich nicht einfach auf die Roma-Frage reduzieren. Aufgrund ihrer Ursachen, ihres Ausmaßes, der mit ihr einhergehenden Perspektivlosigkeit sowie sonstiger sozialpsychologischer und mit Verhaltensverzerrungen verbundener Folgen ist die Armut ein so gewichtiges Problem, das nicht mit dem bisherigen – überwiegend sozialpolitischen – Instrumentarium bewältigt werden kann. Zwar hat die MSZP viel über dieses Thema gesprochen, getan hat sie aber nur wenig (mit Ausnahme des Arbeitsbeschaffungsprogramms für Ungelernte). Diese Aussage ist selbst dann richtig, wenn man bedenkt, dass die ungarischen Kennzahlen im internationalen Vergleich nicht schlecht sind. Staatliche Beihilfen dienen nur der Behandlung der Symptome, was nicht heilt, sondern nur am Leben hält. Während der beiden vorangegangenen Regierungsperioden nahm weder die Armut ab, noch verlangsamte sich der Prozess des sozialen Niedergangs und der Isolierung. Acht Jahre sind eine lange Zeit. Und so verwundert es nicht, wenn Hunderttausende von Armen von der Linken enttäuscht sind. Linksgerichteten Charakter erhalten eine Reform oder ein Modernisierungsvorhaben dadurch, dass auch diejenigen an deren Segen teilhaben, deren Situation sich ansonsten nicht oder erst später verbessern würde. Es liegt auf der Hand, dass wirkliche Besserung nur von Beschäftigungsausbau, Bildung, Chancengleichheit bzw. einem neuen wirtschaftlichen Umfeld und sozialer Solidarität erwartet werden kann. Das gilt auch für die Roma-Frage. (...)*

*c) Das dritte große Problem, das ungelöst geblieben ist, ist die nationale Frage. Bei weitem ist es heute nicht so, dass die Einheit der Nation durch die Wahlen und den Sieg der Konservativen geschaffen worden wäre. Allerdings sollte man sich darüber im Klaren sein, was die Nation in der globalisierten Welt von heute, in einem integrierten Europa, so wichtig und auch weiterhin unentbehrlich werden lässt. Auf diese Frage ist es bis jetzt in Ungarn nicht gelungen, eine gültige Antwort zu geben, hauptsächlich deshalb nicht, weil die Konservativen die Interessenkämpfe während und nach der politischen Wende im Zeichen und Namen der Nation geführt haben. (...)*

Welche Aussagen über die Nation lohnen sich heute für die Linke? Zuallererst sollte sie sich auch hierbei von den Erfahrungen der letzten 15 Jahre leiten lassen.

Damit aus einer Nation eine wirkliche politische und kulturelle Gemeinschaft wird, braucht es Demokratie und, in einem gewissen Maße, wirtschaftliche Souveränität. Jetzt, da die sich selbst als national bezeichnenden Konservativen im Besitz von Mehrheit und Macht sind, erübrigt sich die Pflege des Verliererbewusstseins und das Politisieren als jemand, dem Unrecht widerfahren ist. Für ihren Kampf um Interessen ist ein Aufmarsch der einzelnen Gruppen unter der rot-weiß-grünen Flagge nicht mehr nötig. Heute werden die gemäßigten Konservativen den Nationalismus der radikalen Opposition ertragen müssen. *Wohl oder übel wird der FIDESZ zur Kenntnis nehmen müssen, dass er, wenn er im Besitz der Macht seine Politik der Ausgrenzung gegenüber der demokratischen Linken fortsetzt, mit der radikalen Rechten wird eine Einheit bilden müssen.*

Von Signalwert wird daher sein, ob der neue politische Kurs anerkennt, dass es im öffentlichen Leben nicht nur eine Frontlinie - die zwischen Macht und Opposition - gibt, sondern auch noch eine andere – die zwischen den demokratischen Kräften und der radikalen Rechten. (...)

*Die Linke muss sich für die Idee einer grenzüberschreitenden kulturellen Nation und für kulturelle Autonomie einsetzen. Nicht weniger wichtig ist es, die kulturelle Unterdrückung der Bürger, die unter schwierigsten Bedingungen leben, zu beseitigen, damit auch sie in den Genuss menschlicher Kultur und Bildung gelangen, was ihnen bei der Selbstfindung und beim Aufstieg helfen kann. Mit dieser Grundeinstellung können die Sozialisten verdeutlichen, dass ihre Verpflichtung der Nation gegenüber auch aus ihrer Auffassung von einer Gemeinschaft resultiert. In Zeiten der Globalisierung kann eine Nation eine breite, aber noch überschaubare Gemeinschaft sein, die den Rahmen für die Zusammenarbeit einer ganzen Gesellschaft, kleinerer Kulturen, Gemeinschaften und freier Individuen bildet. (...)*

## **5. Was soll die Linke mit ihren eigenen Problemen anfangen?**

Nicht nur Ungarn muss sich nach zwei Jahrzehnten verändern, sondern auch die MSZP, wenn sie der Mission einer linken Partei gerecht werden will.

Die Sozialisten haben drei Wege, die sie einschlagen können:

1. Sie spalten sich. Dafür bieten sich angesichts der internen Zergliederung und derzeitigen Geteiltheit in der Partei sogar mehrere Möglichkeiten. Eine Trennlinie verläuft entlang der sozialliberalen-traditionellen und sozialdemokratischen Dimension, eine andere entlang des national-westlichen Gegensatzes. Eine dritte Möglichkeit wäre die Spaltung in eine bürgerliche und eine Plebejer-Linke. („Spaltungsvariante“ – Anm. d. Red.)
2. Sie bleiben zusammen. Alarmiert vom polnischen Beispiel täuschen die Sozialisten Einheit vor, konzentrieren sich aufs Überleben und vertrauen auf eine Änderung der Windrichtung. („Pendel-Theorie“ - Anm. d. Red.)
3. Sie beginnen mit einer Analyse der Lage, ziehen die Konsequenzen aus der schweren Niederlage, legen ihre neuen Leitlinien fest und arbeiten eine neue Arbeitsweise aus. („Dritter-Weg-Szenario“ – Anm. d. Red.)
  - Die schlechteste ist die zweite Variante, die nur etwas besser wird, wenn sie (die Sozialisten – Anm. d. Red.) zumindest mit großen personellen Veränderungen der Öffentlichkeit beweisen können, dass sie aus den Fehlern gelernt haben und sich verändern. Diejenigen, die hierfür eintreten, können sich auf den Pendeleffekt berufen – was sie schon heute tun. Dieser Pendeleffekt besagt, dass die nach 2006 abgewanderten Wähler wegen der voraussichtlichen Misserfolge der FIDESZ-Politik früher oder später wie verirrte Schafe zurückkehren werden.

*Das Hauptproblem bezüglich der „Pendel-Theorie“ liegt nicht darin, dass sie nicht richtig ist (was offensichtlich ist), sondern dass sie einen Schleier über die jahrzehntelangen Fehler und Probleme der sozialistischen Politik und Bewegung legt sowie die Suche nach neuen Wegen und den unaufschiebbaren Wandel erschwert.*

Den Pendeleffekt wird es natürlich geben, wobei allerdings mehrere Umstände dessen Größenordnung mäßigen werden. Erstens ist es doch so, dass, auch wenn ein Teil der Wählergemeinschaft von der konservativen Regierung enttäuscht wird, sich Beurteilung und Glaubwürdigkeit der MSZP nicht automatisch verbessern werden, weil sie tatsächlich eine schlechte Regierungsarbeit geleistet hat, und nicht zuletzt immer noch der Makel der Korruption an ihr haftet. Zweitens muss sie einen entschlossenen Konkurrenzkampf um das Vertrauen der Wähler führen, da sie nicht die einzige oppositionelle Partei ist. Drittens: Was geschieht, wenn die konservative Regierung entgegen den Erwartungen erfolgreich ist – entweder, weil sie sich konsequent an ihre Prinzipien hält oder diese beiseitelegt. Legt die Linke dann die Waffen nieder? Könnte eine möglicherweise siegreiche Strategie der Konservativen die sozialistische Ideologie ad absurdum führen, all die Werte korrodieren lassen, anhand derer die demokratische Linke politisiert? Wird die Mehrheit der ungarischen Gesellschaft die Systemanpassung entsprechend der rechtskonservativen Weltanschauung akzeptieren können? Wird die Rücksichtnahme auf die Interessen progressiver Arbeitnehmergruppen und sozial schwächer Gestellter in der Politik unnötig werden? Ganz gewiss nicht. Die ungarische Linke würde sich ein Armutszeugnis ausstellen, wenn sie Bestätigung durch die Misserfolge des Gegners erhofft und nur gemessen an dessen Werten fähig ist, sich selbst zu definieren.

Gegen die „Pendel-Theorie“ spricht noch ein anderes wichtiges Argument. Ein Blick auf die Wahlergebnisse genügt, um klar zu erkennen, dass sich die Wählerbasis der Sozialisten auf die Mittelschicht mittleren Alters und darüber, auf Rentner, auf traditionell linksgerichtete Städte und Stadtteile verengt hat. Doch diese Gruppen sind im Schwinden begriffen, und diejenigen, die eventuell zurückkehren, werden die so verlorenen Stimmen eher nur ausgleichen. Aus diesen Gründen können die Sozialisten der Herausforderung in dieser neuen Situation nicht ausweichen. Wenn sie die jüngeren Wählerschichten nicht ansprechen, wenn sich die breiten Arbeitnehmergruppen in ihnen nicht wiedererkennen, besteht keine Hoffnung, die Rolle als Befürworter des Wandels ausfüllen zu können. Das schlechte Wahlergebnis und das gute Abschneiden der neuen Parteien – besonders dank derjenigen, die mit den Sozialisten nicht sympathisieren – sind Zeichen dafür, wie schwierig es sein wird, die bequeme Rolle als Befürworter des Wandels zurück- oder überhaupt zu erlangen. Noch dazu muss der Tatsache ins Auge gesehen werden, dass die MSZP auf sich allein gestellt, mit der heutigen personellen und organisatorischen Energie und ohne traditionelle Verbündete keine großen Chancen zur Ablösung der konservativen Regierung hat. Dieses Problem hat zwei Aspekte: Volkspartei charakter und Bündnispolitik. Doch dazu später. Zunächst sollen die Fragen geklärt werden: „gemeinsam oder allein“ und „wenn gemeinsam, dann wie“.

- Vorstellbar wäre für die Sozialisten das Szenarium einer friedlichen Trennung. Ein dafür sprechendes Argument besagt, dass eine gemäßigte Mittellinkspartei und eine im europäischen Sinne radikalere, demokratische Linkspartei vielleicht mehr Stimmen für die Linke insgesamt holen würde, und dass sich liberale Wähler – aus Gründen der Tradition oder rationaler Einsicht, mangels einer besseren Alternative – einer solchen neuen Partei der linken Mitte zuwenden könnten. Darüber hinaus könnte eine linksgerichtete Partei, die entschlossener auftritt, Systemkritik übt und sich für die Interessen sozial Schwächerer in der Gesellschaft einsetzt, auch frische Wählerstimmen bekommen.

In Frage gestellt wird diese Möglichkeit heute allerdings nicht nur durch das mahrende Beispiel der polnischen Linken, denn problematisch ist auch, dass die wirklichen Kräftegruppierungen innerhalb der sozialistischen Partei sehr zurückhaltend sind, wenn es darum geht, sich für den einen oder anderen Flügel zu entscheiden und auf dieser Basis um das Führungsrecht in der Partei zu kämpfen. Ihre Vorsicht ist verständlich: wenn sie aus einer Führungsposition heraus das Parteiimage verändern wollen, wäre das für diejenigen, die keinen Platz in der Führung bekommen haben, eine Gelegenheit zum Parteiaustritt. Diese könnten sich auf ideologischer Basis neu organisieren, und es wäre zu befürchten, dass ihnen später die Mehrheit folgt. Selbst dann besteht diese Gefahr, wenn Personen an die Spitze der Partei gelangen, die mit der bisherigen Praxis brechen wollen. Der Widerstand, der dann infolge ihrer Aktivitäten zu erwarten wäre, könnte ebenfalls zu einer Spaltung führen. Heute allerdings darf und sollte nur eine solche Führungsgarde an die Spitze der Partei gestellt werden, die verheißt eine Gewähr für Veränderungen zu sein.

Gegen eine Trennung sprechen zwei Argumente. Dem ersten zufolge ist die MSZP heute keine wirkliche Bewegung und, gemessen an der tatsächlichen Aktivität ihrer Mitglieder, auch keine richtig große Partei. In Form von zwei kleineren Parteien mit noch geringerer Kraft wird es noch schwieriger sein, die potenzielle Gemeinschaft anzusprechen, sie zur aktiven Teilnahme und Unterstützung zu bewegen. Zweitens lenken die heute wehenden Winde die Öffentlichkeit nicht in Richtung Links. Die Gründung einer Partei ist in dem Augenblick sinnvoll, in dem größere gesellschaftliche Gruppen beginnen sich an neuen Richtungen zu orientieren.

- Der *dritte Weg* ist nicht der, den Blair und Schröder eingeschlagen hatten, obwohl Modernisierung und Neupositionierung der Partei, wenn auch nicht in Richtung und Stil, so doch im Umfang der von ihnen initiierten Umgestaltung ähnlich sind. Mehr noch: Genau wie sie müssen sich die ungarischen Sozialisten darum bemühen, in ihrer Politik auf die Interessen von frischen, progressiven, Arbeitnehmer- und Kleinunternehmergruppen der Mittelschicht einzugehen. Fortschritte auf diesem Weg werden jedoch zu Beginn nicht durch bessere Ergebnisse in Meinungsumfragen manifestiert. Hier kann man nur von innen nach außen und nur Schritt für Schritt vorankommen.
- *Der erste Schritt ist die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit.* Ohne Selbstkritik auf der Basis einer realistischen Situationsanalyse und ohne einen vollständigen Austausch der Parteiführung ist dies allerdings nicht möglich. Ständiger Punkt auf der Tagesordnung muss auch die Auffrischung der Parlamentsfraktion sein. Veränderungen müssen in der gesamten Partei zu spüren sein und dürfen sich nicht nur auf die oberste Ebene beschränken. Schon zu den Kommunalwahlen wäre es zweckmäßig, in diesem Geiste mit vielen neuen Leuten anzutreten. Wichtig ist daran zu erinnern, dass die Suche nach glaubwürdigen Gesichtern nicht bedeuten darf, alle Führungskräfte kollektiv zur Verantwortung zu ziehen und die Partei gänzlich jungen Leuten anzuvertrauen, schon allein deshalb nicht, weil die zurückliegende Zeit lehrt, dass man erst im Besitz von Erfahrung und Wissen zu einem Politiker werden kann. Weder der Partei noch den jungen Leuten nutzt es, wenn jemand zu früh, ohne berufliche und existenzielle Basis zu einem hauptamtlichen Politiker wird. Von Selbstkritik und einer personellen Erneuerung der Parteiführung sollte man jedoch keine Wunder erwarten. Kurzfristig gesehen haben beide vielleicht den Nutzen, dass bis zu den Kommunalwahlen die Linkswähler zurückgewonnen werden können, die die MSZP zuletzt mit ihrer Nichtteilnahme an der Wahl oder Stimmenabgabe für

andere bestraft haben. Sie zurückzugewinnen ist heute ein Ziel, das sich lohnt gesetzt zu werden.

- *Der zweite Schritt ist die Modernisierung der Partei hinsichtlich ihrer Organisation und Arbeitsweise.* Seit Jahren befassen sich die Parteigremien eher damit, untereinander Interessen abzustimmen, als operativ zu leiten und Rechenschaft abzulegen. Einer der Gründe dafür ist, dass der Parteiführung heute kaum die Mittel zur Verfügung stehen, mit denen sie ihre Entscheidungen und ihren Willen durchsetzen kann. Hinzukommt, dass die Führungskräfte einen Großteil ihrer Kraft und Energie dafür verwenden, sich Rückhalt zu verschaffen, ihre Positionen zu hegen und sich die Unterstützung seitens der mittleren Führungsebene und der Mitglieder zu erhalten. Abgesehen von den Wahlkämpfen führt die sozialistische Partei ein nach innen gekehrtes Leben, in dem die Hauptaufmerksamkeit nicht der Politik, sondern persönlichen Fragen gilt. So halten sich die Hauptamtlichen gegenseitig in Schach, und so sichern sich die Mitglieder ihren Einfluss auf die Führung. Richtiges Interesse an der Mitgliederwerbung besteht nicht, die Beziehungen zur Zivilgesellschaft fallen recht knapp aus, es gibt kein attraktives Kultur- und Gemeinschaftsleben, keine Ressortverantwortlichen, die die Politik für einzelne Schichten ausarbeiten und diesbezügliche Entscheidungen vorbereiten würden. Diese Rolle können die Arbeitsgruppen der Parlamentsfraktion nicht spielen. Vieles über die Partei sagt die Tatsache aus, dass es noch nicht einmal in zwei Jahrzehnten gelungen ist, die institutionelle Basis für den Führungsnachwuchs und dessen Ausbildung zu schaffen.
- *Der dritte Schritt ist die Ausarbeitung einer Oppositionsstrategie.* Im Grunde genommen darf eine solche Strategie nicht reaktiv sein und nicht nur aus Antworten bestehen, die auf Regierungsschritte gegeben werden. Wie gesehen, ist sogar das nicht selbstverständlich. Es ist nicht so einfach zu entscheiden, wann Versprechen und wann die tatsächliche Politik, die hinter ihr stehende Ideologie oder zugrunde liegende Überlegungen kritisiert werden müssen. Sicher ist hingegen, dass weder die eine noch die andere Kritik ohne Professionalität auskommt, die man in der letzten Zeit so sehr beim Politisieren der Sozialisten vermisst. Ausgangspunkt könnte sein, was die Linke heute anhand ihrer eigenen Werte und ihres angesammelten Wissens zu den drei großen Fragen sagen kann, die die gesamte Gesellschaft betreffen und in der zurückliegenden Zeit unbeantwortet geblieben sind.

*All das muss im Rahmen der Ausarbeitung eines neuen Zukunftsbildes Gestalt annehmen, was viel Zeit, viel Arbeit und viele Diskussionen erfordert. Eine Schlüsselrolle kommt bei dieser Arbeit den Intellektuellen, den geistigen Werkstätten und Denkfabriken sowie den betreffenden Berufsgruppen zu.*

Nebensächlich ist auch die Aufgabe nicht, die Linke in das intellektuelle Erwachsenenalter zu führen und ihre Ideologie neu zu schaffen. In dieser Hinsicht ist es unumgänglich, ihr Verhältnis zum Bestehenden, zum globalisierten Kapitalismus und zur neoliberalen Wirtschaftstheorie zu definieren. Nach der politischen Wende stellte sich diese Frage auf eine andere Art, und dann wieder anders, als Krisenbewältigung und Abschluss der politischen Wende auf der Tagesordnung standen, und noch einmal anders im Lichte der Erfahrungen aus acht Jahren Regierung und der Rezession seit 2008. Auf der ganzen Welt wird heute nach neuen Wegen gesucht, während die bestehenden Strukturen über riesige Kräfte verfügen, mit denen sie diese Suche verhindern oder je nach eigener Interessenlage beeinflussen können. Im Gegensatz zur Vorkrisenzeit ist die heutige Kritik nicht fundamentalistisch, und sie beschränkt sich ganz und gar nicht auf den intellektuellen Kreis der Linken. Außer Zweifel steht allerdings, *dass es*

*ohne Kapitalismuskritik und die entschlossene Verteidigung der Idee von Gleichheit und Gerechtigkeit keine glaubwürdige Ideologie der Linken geben kann. (...)*

Zu diesem Zweck müssten die Begriffe Fortschritt und Entwicklung neu interpretiert werden, so wie es heute maßgebende intellektuelle Zentren in der Welt schon versuchen.

Es gibt noch einen anderen Gesichtspunkt, der der Ideologie und dem entschlossenen intellektuellen Image den politischen Rang wiedergeben kann: die Sehnsucht der Menschen nach dem Glauben daran, dass die Welt, in der sie heute leben müssen, besser und lebenswerter sein kann. Vor einem ideologisch durchdachten, engagierten und von Werten geleiteten Politisieren darf man keine Angst haben. Vielmehr sollte es als Forderung betrachtet werden. Oft wird gefragt, ob die Orientierung auf Werte nicht dazu führen kann, dass die Realpolitik durch eine absichtsgesteuerte Politik abgelöst wird, was leicht in einem Irrgarten enden könnte, und die Suppe müssten dann gerade diejenigen auslöffeln, für die sie erdacht wurde. Ja, diese Möglichkeit besteht. Man braucht also Politiker, Politik und Parteien, damit Pläne das Sieb aus realen Situationsanalysen und verschiedenen fachlichen Anforderungen passieren.

In den vergangenen Jahren konnte man der hiesigen und der internationalen Sozialdemokratie wohl am wenigsten vorwerfen, Gefangene der eigenen Ideologie zu sein. Viele haben sich vielleicht gerade deshalb von ihr abgewendet. Nun ist Zeit für ein neues Zusammenwirken von Werten, Ideologie und politischer Praxis. Das kann nur gelingen, wenn geistige Tätigkeit vom reinen Dienst für Tagesziele befreit wird, wenn Politik wieder zu einer Tätigkeit wird, die anspruchsvoll fundiert, von Idealen geleitet und auch fachlich sorgfältig vorbereitet ist. Wenn dies nicht geschieht, ist ein für die Linke typisches progressives und demokratisches Politisieren nicht vorstellbar. Wichtig ist, dass sich die geistig-politische Wende der Linken in Ausrichtung an den Rahmen und die Normen, die die Existenz und das Wirken der europäischen Sozialdemokratie bieten, vollzieht. Daraus folgt für die ungarische Linke, künftig viel intensiver als bisher am geistigen Leben der europäischen Linken teilzunehmen.

Sowohl die Umgestaltung der Arbeitsweise als Organisation als auch der geistige Neubeginn, die Verpflichtung gegenüber Werten und die Vertretung politischer Interessen von gesellschaftlichen Schichten und Gruppen wirft die Frage nach dem Charakter der Partei auf. Was bedeutet es denn heute, eine Mittellinks- oder linksgerichtete Volkspartei zu sein? *Ist es für die Linke überhaupt realistisch, jedermann ansprechen zu wollen?*

Auf diese Frage eine gute Antwort zu geben, ist schwer. Einige Aspekte sollen aber genannt werden. *Das Ideal von Gleichheit und Gerechtigkeit setzt die Schwerpunkte, anhand derer die Sozialdemokraten entscheiden können, welches die sozialen Gruppen sind, auf deren Interessen sie in erster Linie achten. Andererseits muss die Linke aufgrund ihres Engagements für die Modernisierung auch Rücksicht auf die Interessen der progressivsten Arbeiterschichten und Unternehmerkreise sowie derjenigen, die zu Innovationen fähig sind, nehmen. Genau diese beiden Gesichtspunkte sprechen für die Beibehaltung des Volkspartei Charakters!* Gleichzeitig muss aber darauf geachtet werden, dass die Partei nicht wie ein Repräsentant der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Elite erscheint.

Bei der Definition des Volkspartei Charakters spielt auch eine realpolitische Überlegung eine Rolle. Das bisher beste Wahlergebnis der MSZP lag bei 42%. Es besteht nur geringe Hoffnung, dass dieses Resultat in wenigen Jahren wieder erreicht werden kann, wenn man sich den heutigen Zustand vor Augen hält - einerseits, weil die Enttäuschung tiefer sitzt, und andererseits, weil die Zahl der Stammwähler abnimmt, und diesen Rückgang auszugleichen wird auch nicht leicht sein. Ein dritter Grund ist der, dass die heutige Situation eine andere ist,

als zu Zeiten der beiden vorherigen Wahlen: Konkurrenten gingen an den Start und schnitten gut ab. Mit ihnen muss nun gekämpft werden. Zuletzt sei noch auf den ebenso wenig nebensächlichen Aspekt verwiesen, dem zufolge unser früherer Verbündeter aus der politischen Arena verdrängt wurde, obwohl hierbei nicht vergessen werden sollte, dass der Liberalismus in der intellektuellen Öffentlichkeit auch weiterhin mit großer Kraft präsent ist. So kann es also nicht gleichgültig sein, welche Strategie eine linke Volkspartei wählt: will sie die Mehrheit, oder lässt sie Raum für einen künftigen, eventuellen Verbündeten? (...)

Sicher ist jedoch, dass sich die Sozialisten nicht der Wohlhabenden annehmen sollten. Und aus anderen Gründen lohnt es sich für sie auch nicht, große Hoffnungen in die Überzeugung derjenigen zu setzen, die sich zur nationalen Mittelschicht zählen. Als Volkspartei muss sie sich natürlich um alle anderen gesellschaftlichen Gruppen bemühen. Die Zeit wird zeigen, ob das gelingt. Wenn es keine spektakulären Ergebnisse gibt, wird ein Verbündeter, der in seinen Aktivitäten nicht behindert werden sollte, immer nötiger.

Für junge Menschen werden die Sozialisten nur dann attraktiver, wenn sie ihnen die Möglichkeit geben sich mit ihnen zu identifizieren und ihrem Tatendrang den nötigen Raum zu geben. Dafür eignen sich am ehesten ein anspruchsvolles, vielfältiges Gemeinschaftsleben und die Kultur. Auch die Partei selbst kann nur als geistig-kulturelle Werkstatt eine politische Gemeinschaft und Bewegung für selbsttätige Menschen bleiben. Heute gibt es zahlreiche kleine kulturelle Gemeinschaften, deren Werte denen der Linken ähneln. Doch diese kulturellen Initiativen dürfen nicht von Politik durchdrungen oder besetzt werden, usw. Es reicht aus, ihre Leistungen anzuerkennen und für sie Möglichkeiten zur Selbstdarstellung zu schaffen. Eine jede kulturelle Gemeinschaft, die sich auf humane Werte stützt und diese neu erschafft, kann bei der Herausbildung der neuen Identität der Linken hilfreich sein. Attraktive Formen kann die Befriedigung des Bedarfs an Gemeinschaftsleben mittels der Kultur annehmen – besonders unter den heutigen schulischen Verhältnissen, in Familien und in den Bereichen, die vom Kulturangebot im alltäglichen Leben - ständig bereichert über das Internet – bestimmt werden. Kulturelle Gemeinschaften können bei der Stärkung gemeinsamer Handlungsmotivationen behilflich sein. Ohne gemeinschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Hintergrund beschränkt sich die aktive Beteiligung an der Politik nur auf die Entschlossensten und diejenigen, die in ihr nur eine Möglichkeit sehen sich selbst zu verwirklichen und Karriere zu machen. Die Linke kann nicht existieren, kann nichts bewirken, wenn sie keine glaubhaften Politiker und Aktivisten besitzt, die mit ihrer Persönlichkeit und Gemeinschaftsarbeit ihr Engagement für die Mehrheit der Gesellschaft, die „einfachen“ Menschen, unter Beweis stellen.

*Eine Linke, die keine gemeinschaftlichen und kulturellen Formen besitzt, ist nicht vollwertig, denn ohne diese Formen kann sie nicht diejenigen ansprechen und für sich gewinnen, für die sie da ist, die im Interesse einer gerechteren Gesellschaft zum Handeln bereit sind.*

#### Anmerkung:

Gekürzte Fassung des ungarischen Originaltextes „Honnan hívó magyarok, szocialisták?“  
Übersetzung ins Deutsche durch Peter Schmidt.